

eigenen Sadie wie Karl und Rosa. Sie wissen ebenso, wie Karl Liebknecht am 1. Mai 1916 auf dem Potsdamer Platz es wußte, daß sie die um sie aufgetürmten Mauern der Lüge und Verleumdung niederreißen werden und daß letztlich die Massen unseres Volkes die von ihnen verkündete Wahrheit hören werden.

Ein Wort Karl Liebknechts aus dem Jahre 1914 hat eine erregend aktuelle Bedeutung. Wenige Tage vor Kriegsausbruch sagte er: „Die Demokratisierung Preußens ist nicht nur eine deutsche, sondern eine europäische Frage.“

* In diesen Tagen und Wochen, in denen Adenauer und seine Generale, dirigiert von Dulles und Eisenhower, unterstützt von Ollenhauer und Freitag, unter der Tarnung des EVG-Vertrages die Angriffsspitzen imperialistisch-deutscher Eroberungslust erneut zu schiedenen versuchen, steht vor uns unausweichbar die bereits von Karl Liebknecht erkannte Aufgabe: Indem wir Deutschland einigen und demokratisieren, lösen wir die entscheidenden Fragen Europas und sichern den Frieden der Welt. — Und damit erfüllen wir das Vermächtnis unserer großen Toten.

Die rechten SPD-Führer unterstützen die amerikanische Kriegspolitik

Der Ausgang der Bundestagswahlen in Westdeutschland, bei denen es Adenauer durch infame Demagogie und niederträchtige politische Betrügereien gelang, sich auf neue eine Parlamentsmehrheit zu erschleichen, rief unter den Mitgliedern und Funktionären der Sozialdemokratischen Partei große Beunruhigung hervor. Gerade deswegen erwarteten sie vom Vorsitzenden ihrer Partei, Erich Ollenhauer[^] eine klare und eindeutige Stellungnahme zur Regierungserklärung Adenauers. Sie erwarteten von ihrer Parteiführung, daß sie nun endlich damit beginne, den Kampf der Arbeiter gegen die Regierung Adenauers zu organisieren.

Eine um so größere Enttäuschung machte sich jedoch dann in den Reihen der sozialdemokratischen Parteimitglieder bemerkbar, als sie Kenntnis von der Rede Ollenhauers im Bundestag am 28. Oktober 1953 erhielten. Ollenhauer verzichtete auf jegliche Kritik an der Politik der Bonner Regierung und erklärte sich zu einer gemeinsamen Außenpolitik mit ihr bereit. Er machte lediglich zur Bedingung, daß die Führung der SPD über alle „Pläne und Aktionen“ der Adenauer-Regierung auf dem Gebiete der Außenpolitik vorher informiert werde. Außerdem bot er die Mitarbeit der SPD in internationalen Institutionen und Konferenzen, in denen die Bundesregierung mitarbeitet“ an.

Die SPD-Führung hat also selbst ihre formale Opposition gegen die Bonner und Pariser Verträge fallengelassen und ist bereit, die Aggressionspolitik Adenauers und seiner amerikanischen Inspiratoren offen zu unterstützen. Von den oppositionellen Reden sozialdemokratischer Abgeordneter gegen die Verträge von Bonn und Paris ist nichts geblieben, und an Stelle der Kritik an Adenauers Wirtschaftspolitik im Interesse der westdeutschen Monopole erklärte Ollenhauer wörtlich im Bundestag: „Wir können zu einer Normalisierung des Verhältnisses zwischen Regierung und Opposition kommen, und wir Sozialdemokraten sind bereit, dabei mitzuwirken“

Muß es die sozialdemokratischen Arbeiter nicht bedenklich stimmen, wenn ein Vertreter der FDP, also einer Unternehmerpartei, Dr. Dehler, über ihren Partedvorschitzenden solch anerkennendes Lob ausschüttete: „Wieviel guter Wille sprach aus dieser Rede! Vergessen alles, was uns jeweils getrennt hat! Im Grunde bekennt man sich zu der freien Wirtschaft, zur Unternehmerwirtschaft... Ich sage, es ist ein schönes Zeichen der Verständigung, das uns Herr Ollenhauer heute gegeben hat.“

Wie konnte es so weit kommen? So werden viele Sozialdemokraten fragen. Der 28. Oktober 1953 ist nur das

Resultat der achtjährigen Politik der SPD-Führung in Westdeutschland seit 1945. Diese Politik war bewußt auf die Spaltung der Arbeiterklasse, auf die Verhinderung der nationalen Einheit und die Stärkung der imperialistischen und militaristischen Kräfte in Westdeutschland gerichtet. Die rechten SPD-Führer haben wiederholt erklärt, daß sie sich mit der sogenannten „westlichen Welt“ verbunden fühlen. Was heißt das? Sie fühlen sich verbunden mit der Welt des Monopolkapitals, mit einer Welt, in der der amerikanische Imperialismus die Führung hat und seine Machtmittel zur Unterdrückung der Völker und zur Niederhaltung der Arbeiterschaft einsetzt.

Wer sich mit den Imperialisten verbunden fühlt und mit ihnen gemeinsame Sache macht, kann niemals eine Politik im Interesse der werktätigen Massen durchführen. Wer der Reaktion jahrelang Sekundantendienste geleistet und mitgeholfen hat, sie wieder in den Sattel zu heben, über den braucht man sich nicht zu wundern, wenn er am Ende schmählich vor ihr die Waffen streckt.

Wie steht die rechte SPD-Führung zur friedlichen Wiedervereinigung Deutschlands, zur Lebensfrage unserer Nation? Sie erklärte vor und nach den Wahlen zum westdeutschen Bundestag, daß das oberste Prinzip ihrer Politik die friedliche Wiedervereinigung Deutschlands sei, sie forderte wiederholt Viermächteverhandlungen zur friedlichen Lösung der Deutschlandfrage und erklärt bis zum heutigen Tage jedem, der es hören will, daß sie fest und unerschütterlich zu dieser Politik stehe. Im Widerspruch zu diesen deklarierten Grundsätzen lehnte und lehnt sie jedoch alle Verhandlungen zwischen Vertretern Ost- und Westdeutschlands zur Erreichung dieses Zieles ab.

Was soll man von einer Politik sagen, die sich bei jeder Gelegenheit in Worten feierlich zur nationalen Einheit bekennt, in der Praxis dagegen unter keinen Umständen mit Vertretern der Deutschen Demokratischen Republik verhandeln will? Man kann sie nur als doppelzünglerische Politik bezeichnen; denn wer nicht verhandeln will, der will keine friedliche Wiedervereinigung, sondern den Weg der Gewalt, den Weg der militärischen Eroberung. Wie kann es denn sonst zur Wiedervereinigung Deutschlands kommen, wenn keine Verhandlungen zwischen den Deutschen aus Ost und West geführt werden? Wem kann eine solche Politik der Ablehnung von Verhandlungen dienen? Gewiß nicht dem deutschen Volk oder der deutschen Arbeiterklasse. Sie kann nur den Todfeinden unserer Nation, den deutschen und amerikanischen Imperialisten nutzen, die ja ihren Vorteil aus einer fortdauernden Spaltung unseres Landes ziehen. Dagegen hat die Regie-